



Neoliberalismus. Analysen und Alternativen

Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2008, 420 Seiten, gebunden, ISBN-Nr. 978-3-531-15186-1, Ladenverkaufspreis: 24,90 EUR
Bestellungen entweder über den Buchhandel oder über den Verlag: Frau Schunath, VS – Verlag für Sozialwissenschaften, Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Tel.-Nr.: 0611/7878-245; Fax: 0611/7878-99; e-Mail: petra.schunath@gwv-fachverlage.de

Mit dem Buch werden erstmals verschiedene Ansätze der Neoliberalismusforschung im deutschsprachigen Raum zusammengeführt und gebündelt. In 21 Beiträgen setzen sich Autor(inn)en verschiedener Fachdisziplinen mit grundlegenden Fragen des neoliberalen Projekts, den Gründen seiner Wirkungsmächtigkeit, der widersprüchlichen Rolle des Staates und den Voraussetzungen und Ansätzen für eine postneoliberale Agenda auseinander. Diese Analyse soll dazu beitragen, die Diskussion um Alternativen auf einer fundierten Grundlage fortzuentwickeln. Das Buch richtet sich gleichermaßen an ein wissenschaftliches Publikum wie auch an Leser/innen, die den Gegenstand des Neoliberalismus durchdringen wollen, um Orientierung und Handlungsfähigkeit für die gesellschaftliche Praxis zu erlangen.

Inhalt

Vorwort (von Annelie Buntenbach, Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes)

Einleitung

I Theoretische Verortung des neoliberalen Projekts

Alex Demirović

Neoliberalismus und Hegemonie

Birgit Sauer

Neuliberale Verhältnisse: Staatlichkeit und Geschlecht

Elmar Altvater

Globalisierter Neoliberalismus

Ralf Ptak

Soziale Marktwirtschaft und Neoliberalismus: ein deutscher Sonderweg

Bernd Röttger

Die Neoliberalisierung des „Rheinischen Kapitalismus“. Zur Politischen Ökonomie einer kapitalistischen Penetration

II Bereiche neoliberaler Wirkungsmächtigkeit

Jürgen Nordmann

Das Prinzip des Nichtwissens im Jahrhundert der Wissenschaft. Zum Verhältnis von Neoliberalismus und liberaler Wissenschaftstheorie

Jörg Reitzig

„Eine Kategorie des Unsinn...“. Die soziale Gerechtigkeit im Visier der neoliberalen Theorie

Tanja Thomas

Marktlogiken in Lifestyle-TV und Lebensführung. Herausforderungen einer gesellschaftskritischen Medienanalyse

Andreas Fisahn

Die neoliberale Umformung des Umweltrechts

Christian Christen

Marktgesteuerte Alterssicherung. Von der Entwicklung zur Implementierung eines neoliberalen Reformprojekts

III Der Doppelcharakter des neoliberalen Staates

Christoph Butterwegge

Marktradikalismus und Rechtsextremismus

Fabian Virchow

Der neoliberale Staat, die private Produktion von „Sicherheit“ und die Transformation der Bürgerrechte

Anne Karrass

Die Europäische Union als Beispiel für institutionalisierte (Sach-)Zwänge

Werner Rügemeier

Privatisierung als Kernelement der neoliberalen Gegenreform

Tim Engartner

Bahnwesen im Niedergang. Die (kapital)marktorientierte Neuvermessung des Schienenverkehrs in Deutschland und Großbritannien

IV Alternativen für eine postneoliberale Agenda

Mario Candeias

Von der Dialektik des Neoliberalismus zu den Widersprüchen der Bewegungen

Ulrich Brand

Gegen-Hegemonie unter „postneoliberalen“ Bedingungen. Anmerkungen zum Verhältnis von Theorie, Strategie und Praxis

Bettina Lösch

Politische Bildung in Zeiten neoliberaler Politik: Anpassung oder Denken in Alternativen?

Hans-Jürgen Urban

Die postneoliberale Agenda und die Revitalisierung der Gewerkschaften

Friedhelm Hengsbach

Vorwort

Der Neoliberalismus hat in den letzten Jahren weite Bereiche unserer Gesellschaft geprägt. Es ist ihm gelungen, zumindest in einem Großteil der medialen Öffentlichkeit die Legitimität des grundgesetzlich geschützten Sozialstaates – erstmals nach 1945 – zu erschüttern und dessen Säulen ins Wanken zu bringen. In den Köpfen der Menschen hat der Neoliberalismus vorgebliche „Selbstverständlichkeiten“ verankert, aber auch jenseits der ideologischen Ebene die materielle Realität vieler Menschen verändert. Inzwischen zeigen sich zwar Risse in dem auf Hochglanz polierten Gebäude. Wie groß die Chancen sind, über die Formulierung von Alternativen wieder eine emanzipatorische Perspektive zu gewinnen, hängt jedoch nicht zuletzt von der fundierten Bilanzierung des Phänomens Neoliberalismus ab, also von einer präzisen Analyse, wie sich die ökonomischen, politischen und sozialen Kräfteverhältnisse verändert haben und wo sich Ansatzpunkte finden oder entwickeln lassen, die eine solidarische Entwicklungsrichtung der Gesellschaft möglich machen. Eben dazu trägt dieser Sammelband bei.

Jene Variante neoliberaler Politik, die wir hierzulande in den vergangenen Jahren erlebt haben, unterscheidet sich erheblich von der brachialen Konfrontation, mit der Margaret Thatcher ihre Politik in Großbritannien Ende der 70er-Jahre durchgesetzt hat – im wahrsten Sinne des Wortes mit aller Gewalt gegen Gewerkschaften und andere Gegner/innen ihres Kurses. In der Bundesrepublik hat sich die Umsetzung neoliberaler Politik eher schleichend vollzogen, sozusagen durch die Hintertür, inszeniert als Sachzwang und geduldig in der Ermüdung von Protesten, z.B. gegen die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe („Hartz IV“).

Nichtsdestotrotz sind die Auswirkungen des neoliberalen Projekts mittlerweile auch in Deutschland überall spürbar. Das gilt insbesondere für den Bereich der Arbeit bzw. des Arbeitsmarktes. Die Erosion der tariflich und sozial tragfähig abgesicherten Beschäftigungsverhältnisse – früher der gesellschaftliche Normalfall zumindest für einen großen Teil der männlichen Arbeitnehmer – ist von der (Regierungs-)Politik scheinbar scheinbar, aber zielstrebig und umfassend in Gang gesetzt worden, was die Politiker/innen übrigens nicht davon abhält, heute in den Chor der Stimmen jener einzustimmen, die manche Ergebnisse dieser „Reformen“ beklagen.

Verdanken wir z.B. die Unmenge an befristeten Arbeitsverhältnissen noch der Kohl-Regierung, hat die rot-grüne Koalition den fatalen Zickzackkurs bei der geringfügigen Beschäftigung mit inzwischen mehr

als 6,5 Mio. sog. Minijobs nahtlos fortgesetzt. Die Ausweitung der Leiharbeit war ein Herzensanliegen des damaligen Wirtschaftsministers Wolfgang Clement. Inzwischen entsteht jeder zweite neue Job im Bereich der Zeitarbeit, einer Branche, in der das Kündigungsrisiko vier- bis fünfmal höher ist als in anderen und in der jeder achte Beschäftigte auf ergänzende „Hartz IV“-Leistungen (Arbeitslosengeld II) angewiesen ist, weil der Lohn zum Leben nicht reicht. Die sog. Aufstocker sind mittlerweile zu einem Massenphänomen geworden.

Zu der immensen Ausweitung prekärer Beschäftigung kommt die massive Absenkung der Lohnersatzleistungen im Fall von Arbeitslosigkeit durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe im Rahmen der „Hartz-Gesetze“, aber auch über die Kürzung des Arbeitslosengeldes I sowie die Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln. So wird im Schatten der Massenarbeitslosigkeit die Notsituation der Menschen missbraucht, um das Lohn- und Tarifgefüge auf einen historischen Tiefstand zu drücken.

Bei allen erwähnten Maßnahmen verlief die Durchsetzungsstrategie nach einem ähnlichen Muster: Per Gesetz wurden einzelne Stellschrauben verändert, „um der Wirtschaft auf die Füße zu helfen“. Kurzfristig war der Effekt relativ gering, langfristig immens. Thematisiert hat die durchaus absehbaren Folgen aber nur von einer Handvoll Spezialisten oder „Schwarzsehern“, die es bei jedem dieser Themen gab – durchaus auch in Personalunion. Wenn die umwälzenden Konsequenzen später offensichtlich wurden, ließ sich der Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung für die Öffentlichkeit kaum noch ausmachen, und die politisch Verantwortlichen waren längst über alle Berge. Ein weiterer „Sachzwang“ war konstruiert.

Hierzu ein Beispiel: Wenn der Staat für die Unternehmen eine Vielfalt von Anreizen schafft (und damit Möglichkeiten eröffnet), bei neuen Beschäftigungsverhältnissen die Kosten der Sozialversicherung einzusparen und die sozialen Risiken allein auf die Beschäftigten und – wenn diese sie nicht schultern können – auf die Allgemeinheit abzuwälzen, werden sich immer mehr Arbeitgeber in dieser Logik bewegen. Kein Anbieter ist ohne Not teurer als sein Konkurrent. Der Unterbietungswettbewerb führt entsprechend zu einer flächendeckenden Umgehung der Sozialversicherungspflicht. Aber statt die nun sichtbar gewordenen Ausweichbewegungen der Unternehmen durch veränderte Anreize ökonomisch unattraktiv oder riskanter zu gestalten und die Fehlanreize wieder zu beseitigen, beklagen die Politiker bestenfalls, dass es so gekommen ist. Als hätte es niemand entschieden!

Dieses Denken knüpft auf der ideologischen Ebene beim großen Wort der „Sachzwänge“ an, die man der Öffentlichkeit seit Jahren als gesunden Menschenverstand zu verkaufen sucht: Man könne sich den Gesetzen der Ökonomie nicht entgegenstellen, heißt es, und wenn es „der Wirtschaft“ gutgehe, gehe es allen gut. Die neoliberale Ideologie schätzt die Demokratie gering, denn sie bestreitet die politische Gestaltbarkeit wirtschaftlicher Abläufe und setzt die Politik unter finanziellen Disziplinierungsdruck zur Senkung der Staatsquote. Da der alte Satz „Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten“ nach wie vor gilt, führt dies im Ergebnis dazu, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet. Die Verteilungsrelationen nähern sich in hohem Tempo den US-amerikanischen Modell an. Aber

auch wenn die Wachstumszahlen nach oben zeigen, profitiert nur jener Teil der Gesellschaft, der auch vorher schon gut dastand. Die anderen bleiben auf der Strecke, wie der Konjunkturaufschwung 2006/07 in Deutschland zeigt. Die Verschärfung der Spaltung ist eindeutig das Ergebnis einer ungerechten Verteilungspolitik, welche die Einkommen aus Gewinnen und Vermögen ent-, die Arbeitseinkommen hingegen belastet.

Der Lack der so einfachen wie falschen neoliberalen Grundsätze hat inzwischen Risse bekommen, nicht zuletzt durch die Erfahrungen in anderen Ländern, wo die neoliberale Modernisierungspolitik früher wirksam wurde, weshalb deren Folgen nun bereits deutlich sichtbar sind. Allerdings nehmen sie in vielen Köpfen immer noch großen Raum ein und erschweren die Bemühungen von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen um solidarische Strategien. Aber auch die objektiven Bedingungen des alltäglichen Überlebenskampfes vieler Menschen schwächen die Mobilisierungsfähigkeit einer gesellschaftlichen Gegenbewegung insgesamt.

Wenn so viele Menschen in Leiharbeit, prekären Formen der Selbstständigkeit sowie Mini- und Ein-Euro-Jobs gedrängt, „outgesourced“ und herumgeschoben werden oder ständig mit dieser Gefahr vor Augen ihrer noch abgesicherten Arbeit nachgehen, ist die Wirkung auf das gesellschaftliche Klima tiefgreifend. Rückfälle in frühkapitalistische Verhältnisse nehmen zu: Eine Reinigungskraft, die formal zwar Tariflohn bekommt, praktisch aber nur die Hälfte erhält, weil sie doppelt so viele Hotelzimmer schaffen soll; eine Briefverteilungsfirma, die bloß wenige Cent für die Zustellung eines Briefes bezahlt, obwohl die langen Strecken zwischen den Adressen dazu führen, dass im Monat bei Vollzeitarbeit nur ein Hungerlohn auf dem Konto ist – diese in der Öffentlichkeit wahrgenommenen Beispiele sind nur die Spitze des Eisbergs. Da bedarf es für die Beschäftigten großer Zivilcourage, um hier die Gründung eines Betriebsrates durchzusetzen und gemeinsam mit der Gewerkschaft für bessere Bedingungen zu kämpfen, so wie es mit dem Mindestlohn für Postzusteller ab 1. Januar 2008 gelungen ist.

Die Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen und die nicht frei gewählte Individualisierung von Lebenslagen schmälern die Chancen zu kollektiver Gegenwehr sowie zur Durchsetzung kollektiver Schutzstandards und Interessen. Die flächendeckenden Dumpingstrategien und die Rückfälle in den Frühkapitalismus gehen deshalb mit einer Schwächung der gewerkschaftlichen Kampfkraft einher. Auch das ist ein Ziel der neoliberalen Politik, was wiederum die Gewerkschaften vor die Aufgabe stellt, prekär Beschäftigte für die Gewerkschaften zu gewinnen, sie in ihren unterschiedlichen Lebenslagen und Beschäftigungsformen anzusprechen und zu organisieren. Ein solches Ausmaß an prekären Beschäftigungsverhältnissen ist auch eine Gefahr für die Demokratie, denn prekäre Beschäftigung führt zu prekärer Demokratie. Sich politisch einzumischen und für die eigenen Interessen zu streiten, fällt viel leichter, wenn man einen halbwegs sicheren Stand hat, erst recht im Betrieb. Aber die Leistungsverschlechterungen im Fall

von Arbeitslosigkeit erhöhen das Risiko derer, die von ihrer Arbeit leben müssen, und schaffen eine Atmosphäre allgemeiner Verunsicherung.

Dieser wachsenden Verunsicherung auf der einen Seite steht mit dem Neoliberalismus auf der anderen Seite eine dogmatische Ideologie gegenüber, die das Ende der Politik verkündet, keine Alternative zum als Sachzwang geadelten Interesse der Kapitaleseite gelten lassen will und all jene, die für neue Wege streiten, als „Blockierer“ beschimpft. Das führt zur Abwendung von der Politik bzw. vom Anspruch der Einmischung, zu Politikverdrossenheit und Entdemokratisierung.

In den letzten Jahren waren es die Interessen der Kapitaleseite, welche die Öffentlichkeit beherrschten, während die Interessen der Menschen, der Akteure außerhalb der Vorstandsetagen, gar nicht mehr vorzukommen schienen. Diese Interessen, die Lebenswirklichkeit der Bevölkerungsmehrheit auf der politischen Bühne wieder sichtbar und hörbar zu machen, wäre ein wichtiger Schritt zur demokratischen Wiederaneignung des politischen Raumes. Die geschlossene Veranstaltung des Neoliberalismus aufzuhebeln ist niemand allein imstande, auch keine so große Organisation wie die Gewerkschaften. Dazu können und müssen die verschiedensten gesellschaftlichen Kräfte ihren Beitrag leisten, nicht zuletzt die Wissenschaft. Wo es möglich ist, müssen sie sich gegenseitig unterstützen und verstärken, denn es lohnt den gemeinsamen Versuch, die Käseglocke zu lüften.

Annelie Buntenbach

Einleitung

Die Auseinandersetzung um Theorie und Praxis des Neoliberalismus hat in (West-)Deutschland mehrere Phasen durchlaufen: Zunächst gab es seit den späten 40er-Jahren vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen Neuordnung der entstehenden Bundesrepublik eine intensive Debatte im politischen wie im wissenschaftlichen Raum, die stark von Vertretern der katholischen Soziallehre beeinflusst wurde. In der Kontroverse um die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierungen Adenauer und Erhard entstanden erste grundlegende Analysen zum deutschen Neoliberalismus. Gegen Ende der 70er-Jahre, vor allem aber nach Bildung der CDU/CSU/FDP-Koalition im Herbst 1982, begann unter dem Eindruck von Thatcherismus und Reaganomics ein neuer Diskussionszyklus, der die Fäden der 50er-Jahre teilweise aufgriff und den Horizont um den Begriff „Neokonservatismus“ erweiterte. Damit sollte die von Bundeskanzler Helmut Kohl proklamierte „Wende“ analytisch erfasst werden.

Mitte der 90er-Jahre setzte der bis heute mit unterschiedlichen Akzentsetzungen andauernde Diskussionszyklus ein. Nach ersten Arbeiten zur neoliberalen Theorieentwicklung folgten Studien zu der entsprechenden Regierungspraxis, zu den Wirkungsmechanismen des neoliberalen Projekts und zur Strategie seiner Implementierung. Gegen Ende der 90er-Jahre hielt der Neoliberalismusbegriff auch Einzug in die allgemeine politökonomische Debatte. „Neoliberalismus“ wurde zu einem politischen Schlagwort, das in sehr allgemeiner Form für die negative Seite der aktuellen Reformprozesse steht. Neoliberal ist demnach mehr oder weniger alles, was den Umbau Deutschlands vom Bismarck'schen Sozial(versicherung)staat zur Hochleistungs- und Konkurrenzgesellschaft sowie vom traditionellen Korporatismus mit starken Gewerkschaften zum angloamerikanischen „Shareholder value“-Modell kennzeichnet. Während die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus an öffentlicher Breite gewann und die marktradikale Strategie in weiten Kreisen bekannt machte, führte die wachsende Popularität auch zu einer gewissen Entleerung des Begriffs.

In den meisten der mittlerweile recht zahlreichen Publikationen zum Neoliberalismus steht die eigentliche Auseinandersetzung mit seiner Theorie und Praxis sowie möglichen Gegenstrategien gar nicht im Vordergrund. Vielmehr dient der Neoliberalismus lediglich als Folie für die aktuellen politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Verhältnisse. Demgegenüber rückt dieser Band das neoliberale Projekt wieder selbst ins Zentrum der Analyse. Seine Beiträge bilden die plurale Diskussion emanzipatorischer Kritik am bzw. des Neoliberalismus ab, liefern neue Analysen und richten gleichzeitig den Blick auf Alternativen zum neoliberalen Projekt.

Mit der vorliegenden Publikation werden erstmals verschiedene Ansätze der Forschung zum Neoliberalismus im deutschsprachigen Raum zusammengeführt und gebündelt. Untersucht werden die Gründe und Bereiche seiner Wirkungsmächtigkeit, die widersprüchliche Rolle des Staates sowie die Voraussetzungen und Ansätze für eine postneoliberale Agenda. Hinsichtlich der Wirkungsmächtigkeit neoliberaler Politik sind u.E. noch zahlreiche Fragen offen, beispielsweise folgende: Ist der Neoliberalismus tatsächlich ein hegemoniales Projekt? Wie reproduzieren die Subjekte die neoliberale Alltagskultur? Wie ist das widersprüchliche Staatsverständnis des Neoliberalismus – starker und schwacher Staat zugleich – genau zu erfassen? Wie kann eine langfristige Gegenstrategie erfolgreich umgesetzt werden? Was können wir aus den Erfahrungen anderer Länder mit dem Neoliberalismus lernen?

Trotz oder vielleicht sogar gerade wegen mancher symbolhafter Absagen an das neoliberale Projekt, wie sie zuletzt im Hinblick auf die schwindende Akzeptanz in der Bevölkerung (Stichwort „Legitimationskrise des Neoliberalismus“) und als Reaktion auf die erstarkende Linkspartei vorgebracht wurden, halten wir eine wissenschaftliche Analyse des Neoliberalismus (weiterhin) für notwendig und lohnenswert. Bislang sind grundlegende strukturelle Veränderungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik hierzulande nicht erkennbar, und wie leidvolle Erfahrungen aus Lateinamerika zeigen, würden die Folgen der neoliberalen „Konterrevolution“ (Milton Friedman) selbst im Falle eines rapiden Umdenkens noch viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte nachwirken.

Der vorliegende Sammelband führt unser Buch „Kritik des Neoliberalismus“ weiter, das eher einführenden Charakter besitzt und sich mit den theoretischen Grundlagen sowie den Auswirkungen neoliberaler Politik – bezüglich Deregulierung und Privatisierung wie des Sozialstaats- und Demokratieabbaus – auseinandersetzt. Die hier versammelten Aufsätze sollen dazu beitragen, die Diskussion um Alternativen auf einer fundierten Grundlage mit langfristiger Perspektive weiterzuentwickeln. Das Buch richtet sich gleichermaßen an ein wissenschaftliches Publikum wie auch an Leser/innen, die den Untersuchungsgegenstand Neoliberalismus durchdringen wollen, um (mehr) Orientierung und Handlungsfähigkeit für die gesellschaftliche Praxis zu erlangen.

Herzlich bedanken möchten wir uns bei Martin Ohliger und Katharina Richter, die uns hinsichtlich der Recherche und Organisation unterstützt haben. Besonderer Dank gebührt auch Frank Engelhardt, der als Lektor beide Buchpublikationen von Beginn an aufmerksam und mit guten Ratschlägen begleitet hat.